Wie lange noch?

„Ohne eine freie Ukraine – kein (freier) Friede in Europa“

Dr. Klaus Olshausen

November 2025

Zusammenfassung

Über 1.354 Tage tobt Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine aus der Luft und zu Lande. Die Meldungen werden oft zur Nachrichten-Routine. EU- und NATO-Staaten brüsten sich mit ihrer Unterstützung der Ukraine, sind aber nicht in der Lage, mit wirksameren Sanktionen und schneller und massiver Hilfe der Ukraine, das Blatt zu wenden. Die Erkenntnis liegt zu Tage. Aber Wille, Mut und Fähigkeiten sind so „geschnürt“, dass es die Ukrainer sind, die kämpfen, leiden und sterben – auch für die Freiheit Europas. Ein Land, mit dem die EU Beitrittsverhandlungen führt und dem die NATO-Staaten noch vor einem Jahr den „unumkehrbaren Weg zur Mitgliedschaft“ zugesichert hat, und seine Menschen dürfen keinem „Erfrierungswinter“ Putins ausgesetzt werden. Eine „Verzwergung“ Europas zwischen Russland und den USA kann (nur) verhindert werden, wenn endlich wirksamere Sanktionen gegen Russland und weiterreichende Waffenpakete für die Ukraine eine Wende einleiten. Gebündelte Kräfte – möglichst mit Amerika – schaffen die Chance für eine freie Ukraine und einen Frieden für ein freies Europa.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

Analyse

Substanzielle Eigeninteressen des freien Europas und die Schutzverantwortung vor dem massiven völkerrechtswidriges Handeln Russlands erfordern eine Antwort: Wie lange noch?

Am 9. November 2025 seit 1354 Tagen beobachten die Menschen, die Parteien, die Gesellschaften, auch die Regierungen in EU- und NATO-Europa, dass die Menschen in der Ukraine mit Raketen- und Drohnen-Hagel überschüttet werden. Jeden Tag werden ihnen, also uns Tote und Verletzte gezeigt und fast jeden Tag hören wir von Betroffenen – befragt von Reportern – von Folgen der brutalen Angriffe, die jeden einzelnen und ein ganzes Volk nicht nur zermürben, sondern unterjochen, ja vernichten sollen.

Regierungen und Politiker in den Ländern der EU, der NATO und Partnern sind überzeugt, dass sie vieles leisten, um der Ukraine in ihrem Überlebenskampf zu helfen. Ja, sie räumen sogar ein, dass die Ukraine im Abwehrkampf gegen den Aggressor Russland nicht nur für sich selbst, sondern auch für das freie Europa kämpft.

Aber jeden Tag lassen sie zu, dass die russischen Bombardements aus der Luft weiter gehen, ja vor dem Winter erneut und gezielt alle Energieanlagen zerstören, um Menschen in der Winterkälte erfrieren zu lassen. Nicht nur im privaten und gesellschaftlichen Leben kennen wir den Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung. Auch den Menschen eines Nachbar- oder anderen Staates kann und muss die Staatengemeinschaft wirkungsvoll helfen.

Regierungen und Gesellschaften haben ja auch in diesem Fall kein Erkenntnisproblem. Auch nach fast vier Jahren des russischen Überfalls muss man bedauerlicherweise festhalten: „Mut und Einsicht stehen jedes einzeln, bieten sich nicht die Hand und bringen darum nicht die Entschlossenheit als ein Drittes hervor.“ Nun kann man bezweifeln, dass alle, die die Zielsetzungen Putins und das Vernichtende seiner Kriegführung erkennen, gleichermaßen über die Mittel verfügen, diesem Handeln direkt ein Ende zu setzen.

Wer im „Westen“ eine Mitschuld von EU und NATO für Russlands aggressives Ausgreifen sieht, wird Russland eher eine „Einflusszone“ in Osteuropa und über die Ukraine zugestehen. Wer Russlands Aggression und den Anschlag auf die Friedensordnung der Charta von Paris verurteilt, bejaht die breite Unterstützung der Ukraine. Er will aber eine „Eskalation“ vermeiden und v.a. nicht „Kriegspartei“ werden.

Beides hemmt die Unterstützung gerade auch auf dem militärischen Gebiet, so dass die Front nur mühsam gehalten und der Luftraum nur unzureichend geschützt wird. Wer das erfolgreiche Zurückweisen Putins in der Ukraine für die Zukunft eines freien Europas vertritt, kann zwar – wie die anderen – einem (schnellen) Ende des (kinetischen) Krieges aufgrund der Lage für die Ukraine zustimmen. Ihm ist aber klar, dass einem Waffenstillstand auf dem bestehenden Frontverlauf kein fairer Friede folgen kann.

Aus diesen Unterschieden folgt, dass nicht nur Mut und Einsicht einzeln stehen, sondern dass Mut sehr verschieden ausgeprägt ist und die Einsichten durchaus unterschiedliche Folgerungen nach sich ziehen. Das alles geschieht gegenüber einem Land, mit dem die EU-Beitrittsverhandlungen führt und dem die NATO noch vor einem Jahr in Washington den „unumkehrbaren Weg zur Mitgliedschaft“ zugesichert hat. Und während diese Staaten die Ukrainerinnen und Ukrainer weiter kämpfen und leiden lassen, kritisiert die EU mit Blick auf eine Mitgliedschaft mangelnden Reformeifer, und Präsident Trump hat eine Zustimmung zu einer NATO-Mitgliedschaft schon abgelehnt, was als Präsent für Putins Einflusszone gewertet werden kann.

Und es entbehrt nicht massiver Widersprüchlichkeit, wenn Staaten von EU, NATO und Partner als „Koalition der Willigen“ überlegen und bereit sind, der Ukraine Sicherheitsgarantien vor einem nächsten Krieg Russlands zu

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW
Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06
E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

geben, aber nicht bereit sind, diese Garantien im jetzigen Krieg anzuwenden. Warum ist man bereit, der Ukraine erst vor und beim „dritten russischen Krieg“ kollektiv – zumindest nach Artikel 51 der VN-Charta – beizustehen, ja entgegenzutreten?

Dies ist politisch, ja geopolitisch umso weniger überzeugend, wenn doch ständig wiederholt wird, dass es schon jetzt um das freie Europa geht und die Ukraine mit vielen menschlichen Opfern an der Front und unter den Luftangriffen uns anderen Europäern Zeit verschafft, Russland zu stellen. Alle Unterstützer der Ukraine sollten vermeiden, mit der begrenzten Art und mäßigem Tempo ihrer Maßnahmen den Eindruck zu vermitteln oder zu verstärken, dass man bereit sei, „bis zum letzten Ukrainer“ die eigene Freiheit verteidigen zu lassen.

Leider hat das von der britischen Regierung am 2. März organisierte Treffen europäischer Staatsmänner und -frauen (noch) nicht zu Ergebnissen geführt, die klar machen, dass ein imperial handelndes Russland Putins keinen Sieg gegen das freie Europa erringen und keine Unterdrückung der unabhängigen Ukraine erreichen kann. Dafür müssen auch Grundvoraussetzungen und Haltungen in der eigenen Bevölkerung und Gesellschaften geschaffen werden.

Wenn vorrangige Risikovermeidung Russland immer wieder Initiative und Eskalation überlässt, führt es zur „Verzwergung“ eines Europas mit einer Bevölkerung von über 500 Millionen, dem drittgrößten Wirtschaftsraum, und mit 1,2 Millionen Soldaten unterschiedlicher Einsatzprofile. Die Unterstützer der Ukraine und damit ihrer eigenen Freiheit können und dürfen keinen „Erfrierungswinter“ in der Ukraine zulassen.

Die Ölsanktionen Amerikas gegen Russland und weitere müssen jetzt überall durchgesetzt und nicht durch Ausnahmen wie für Ungarn durchlöchert werden. Das Hin und Her zur Frage weitreichender Waffen, ob nun Tomahawk oder Taurus muss beendet werden. Es kommt für eine Beendigung des Krieges darauf an, Startzonen für Drohnen, Raketen und Flugzeuge auszuschalten. Und um sich nicht von der ständigen „gefährlichen und rücksichtslosen nuklearen Rhetorik“ des Kremls verängstigen zu lassen, war es notwendig, dass der NATO-Generalsekretär zuletzt klar gemacht hat, dass die „NATO über eine starke nukleare Abschreckung verfüge, um den Frieden zu bewahren“.

Wenn endlich alle Kräfte gebündelt werden, kann mit einer freien Ukraine auch der Friede für ein freies Europa erreicht werden.

***

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/

Klaus Olshausen

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de